

Die jetzt geplanten Maßnahmen, der Stadtverwaltung, durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, Ausbau - West zum Bauentwicklungsland zu erklären, geht an den objektiven Gegebenheiten vorbei.

Diese Maßnahmen stoßen auf komplexen Protest aller Grundeigner, Pächter und Nutzer. Jahrzehnte wurden die Bürger an der Nutzung ihres Eigentums, an Investitionen und an der Bebauung behindert.

Die Hoffnung, nun jetzt mit der 1936 begonnenen Entwicklung als Wohnsiedlung weiterzumachen, wurde durch die, den Bürgern unverständlichen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 1992 wieder zerstört.

Zur Nachbetrachtung

Jetzt gibt es in Ausbau - West ca. 73 Wohnhäuser mit 179 Einwohnern. Weiterhin stehen auf den Grundstücken ungefähr 122 Bungalows und Gartenhäuser. Das zeigt, daß eine geordnete individuelle Bebauung auf der Grundlage der jetzigen Grundstücksordnung (Flurstücke) möglich war und möglich ist.

Wenn im Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.91 davon gesprochen wird, das Gebiet "Heideland" zu einem Wohngebiet zu entwickeln, so ist diese Tatsache schon 1936 angegangen worden. Die offizielle Verwendung der Bezeichnung "Heideland" war 1936 vorbei. Ausbau - West ist die durch die Stadtverwaltung vorgenommene Bezeichnung.

Analog beachten die am 17.07.92 veröffentlichten Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung nicht die bereits 1936 erfolgte Bodenordnung und man spricht dem Wohngebiet einfach die Existenz ab und unterdrückt oder mißachtet die Festlegungen aus der Vergangenheit. Obwohl sich über 90 % der Grundstücke im privaten Besitz befinden, geht die Stadtverwaltung mit diesem Gebiet um, als ob sie die Alleineigentümer sei.

Dagegen richtet sich der scharfe Protest der betroffenen Bürger. Sie glauben, daß auch juristische Möglichkeiten bestehen, diese anmaßenden Beschlüsse der Stadt aus den bestehenden Tatsachen heraus an zugehen.